

Interfraktionelle Motion SVP, FDP/JF, Die Mitte (Erich Hess, SVP/Ursula Stöckli, FDP/Lionel Gaudy, Die Mitte): Öffentliche Parkplätze mit Ladestationen für E-Autos ausstatten

Die Elektromobilität auf Schweizer Strassen nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Anzahl von Ladestationen hinkt jedoch zunehmend hinterher. Dieses Problem verschärft sich in der Stadt Bern noch zunehmend, da der Gemeinderat immer mehr öffentliche Parkplätze ersatzlos aufhebt. Diese ideologisch motivierte Handhabe schmälert den Ausbau der Elektromobilität und verhindert eine zukunftsweisende Verkehrspolitik.

Deshalb fordere ich den Gemeinderat auf:

1. Es wird ein Moratorium betreffend Aufhebung von öffentlichen Parkplätzen eingeführt.
2. Werden dennoch öffentliche Parkplätze aufgehoben, sollen diese in Ladestationen für E-Autos umgewandelt werden.
3. Der Gemeinderat erstattet dem Stadtrat Bericht, wie öffentliche Parkplätze mit Ladestationen für Elektrofahrzeuge ausgestattet werden können.

Bern, 29. April 2021

Erstunterzeichnende: Ursula Stöckli, Lionel Gaudy, Erich Hess

Mitunterzeichnende: Janosch Weyermann, Thomas Glauser, Alexander Feuz, Ueli Jaisli, Tom Berger, Claudine Esseiva, Ruth Altmann, Dolores Dana, Katharina Altas, Vivianne Esseiva, Milena Daphinoff, Sibyl Martha Eigenmann

Antwort des Gemeinderats

In seinen Berichten zu insgesamt fünf überwiesenen Vorstössen zur Förderung der Elektromobilität¹ hat der Gemeinderat wiederholt dargelegt, dass er positiv zur Elektromobilität steht.

Langfristiges Ziel des Gemeinderats ist es nach wie vor, die Mobilität in der Stadt Bern stadtverträglich und klimaneutral zu gestalten. Dabei soll der Anteil umweltfreundlicher Verkehrsformen am Gesamtverkehrsaufkommen gesteigert und eine weitere Verlagerung des motorisierten Verkehrs auf den öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Veloverkehr erreicht werden. Eine CO₂-arme, stadtverträgliche Mobilität ist für die Erreichung der Klimaziele, die der Gemeinderat in der Energie- und Klimastrategie 2025 festgeschrieben hat, unerlässlich. Die Strategie sieht vor, den Verbrauch fossiler Treibstoffe bis 2025 gegenüber 2008 um 45 Prozent zu senken und ist hier auch auf Kurs. Bis 2035 sollen die Emissionen aus dem Mobilitätssektor um 76 Prozent reduziert werden, wie es der Gemeinderat im Absenkpfad zum Klimareglement, das 2021 in Kraft treten soll, vorschlägt.

¹ Postulat Fraktion SP/JUSO (Benno Frauchiger, SP): Elektroautos statt Benzinkutschen – auch für MieterInnen von Abstellplätzen (2017.SR.000007);
Postulat Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Martin Schneider, BDP): Fördermassnahmen für mehr Elektromobilität in Bern; Punkt 3 (2018.SR.000022);
Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger, SP): Elektromobilität für alle – Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss (2018.SR.000023);
Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP / Michael Daphinoff, CVP / Benno Frauchiger, SP / Franziska Grossenbacher, GB / Matthias Stürmer, EVP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen (2018.SR.000049);
Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP/JGLP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP/Matthias Egli, GLP): Förderbeitrag für Ladestationen (2018.SR.000247).

Zu Punkt 1:

Zur Erreichung der eingangs erwähnten Ziele ist es unerlässlich, auch die bestehende Nutzungsverteilung im öffentlichen Strassenraum unter den Gesichtspunkten einer stadtverträglichen und klimaneutralen Mobilität neu zu beurteilen und bei Bedarf Korrekturen vorzunehmen. Der Gemeinderat lehnt deshalb ein Moratorium betreffend Aufhebung von öffentlichen Parkplätzen klar ab. Ein solches Moratorium würde zudem den gemeinderätlichen Zielsetzungen widersprechen, die er im Mai 2019 mit dem «Erweiterten Handlungsplan Klima Stadt Bern» verabschiedet und in die Energie- und Klimastrategie 2025 aufgenommen hat.

Zu Punkt 2:

Elektrofahrzeuge sind ebenso flächenintensiv wie Verbrennerfahrzeuge. Wo Parkplätze aufgehoben werden, weil ungenügende Platz- oder Sichtverhältnisse bestehen oder weil andere Nutzungen diesen Platz beanspruchen, können somit auch keine Ladestationen für Elektrofahrzeuge vorgesehen werden. Da Elektrofahrzeuge Verbrennerfahrzeuge ersetzen, ist es richtig, bereits bestehende Parkplätze mit Ladeinfrastruktur auszurüsten. Zur Unterstützung dieses erfreulichen Wandels müssen keine zusätzlichen Parkplätze geschaffen werden, weder im privaten noch im öffentlichen Raum.

Zu Punkt 3:

Der Gemeinderat anerkennt das Bedürfnis, wonach dem Stadtrat über die Ausstattung von öffentlichen Parkplätzen mit Ladestationen für Elektrofahrzeuge Bericht erstattet werden soll. Einen entsprechenden Auftrag hat der Stadtrat jedoch bereits mit der Erheblicherklärung der Interfraktionellen Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/Matthias Stürmer, EVP) *Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen* (2018.SR.000049) erteilt. Eine zusätzliche Berichterstattung erscheint daher nicht mehr erforderlich.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die finanziellen Folgen einer Ausrüstung von öffentlichen Parkplätzen mit Ladeinfrastruktur wird der Gemeinderat im Rahmen der Berichte zur erwähnten interfraktionellen Motion aufzeigen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 30. Juni 2021

Der Gemeinderat